

Lena Strothmann MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche wurde der Bundeshaushalt 2009 verabschiedet. Selten gab es so gravierende Änderungen zwischen dem Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsentwurfes und den Schlussberatungen, also zwischen Sommer 2008 und heute.

Die für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutenden Investitionen des Staates werden in wichtigen Punkten - bei der Infrastruktur und bei Forschung und Entwicklung - erhöht.

Insgesamt ist es uns mit dem Bundeshaushalt 2009 gelungen, den Rezessionsängsten zu begegnen und die Handlungsfähigkeit der Politik unter Beweis zu stellen. Besonders in Anbetracht der Finanz-

Ihre

Wirtschaft und Finanzkrise

Den Bereichen unserer Wirtschaft, die unmittelbar und heftig von der Finanzmarktkrise betroffen sind, muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Die Tragpfeiler unserer Konjunktur wie die kleinen und mittleren Unternehmen müssen gestützt werden. Die Große Koalition hat deshalb wichtige Maßnahmen ergriffen und belegt damit, dass die Union auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig ist:

- Um das Vertrauen in das Finanzsystem zu stärken, wurden zur Stabilisierung der Finanzmärkte umfangreiche Bürgschaften und Liquiditätshilfen von bis zu 480 Mrd. € beschlossen. Damit werden zentrale Funktionen für unsere Wirtschaft u. a. bei der Versorgung von Unternehmen und Bürgern mit notwendigen Krediten, gestärkt.
- Gleichzeitig wurde eine spürbare Entlastung der Bürger beschlossen, die u. a. eine Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der Erhöhung des Kinderfreibetrages/Kindergeldes beinhaltet.
- Darüber hinaus wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung auf den Weg gebracht.:

Knapp 1,2 Mrd. € in 2009 und knapp 2,4 Mrd. € in den kommenden Jahren werden zusätzlich zur Verfügung gestellt, davon allein 1 Mrd. € in 2009 und weitere 1 Mrd. € in den kommenden Jahren für verkehrspolitische Innovations- und Investitionsprogramme.

Die zusätzlichen Ausgaben schlagen sich auch im Bundeshaushalt 2009 wieder. Der Wirtschaftsstabilisierung muss zu Lasten der zeitlichen Umsetzung des Konsolidierungsziels derzeit eindeutig der Vorrang gegeben werden. Durch weitere Sparmaßnahmen die Krise zu verschärfen, wäre schädlich.

Aus diesem Grund wird die Neuverschuldung im kommenden Jahr entgegen den ursprünglichen

Der Bundeshaushalt 2009 im Überblick

Gesamtausgaben:

290 Milliarden Euro

Investitionen:

rund 27,2 Milliarden Euro, 1,35 Milliarden mehr als ursprünglich geplant. Das Investitionsvolumen entspricht gut neun Prozent der Bundesausgaben.

Steuereinnahmen:

rund 244,1 Milliarden Euro

Nettokreditaufnahme:

18,5 Milliarden Euro, das sind 8 Milliarden Euro mehr als im Juli geplant.

Reform der Erbschaftsteuer

Nach intensiven Verhandlungen haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf die Neuregelung der Erbschaftsteuer verständigt. Dabei hat die Union ein gutes Ergebnis erreicht: Für uns war immer klar, dass die Erbschaftsteuer nicht zu untragbaren Belastungen für Familienunternehmen und Eigentümer selbstgenutzter Immobilien führen darf. Insbesondere musste vermieden werden, dass Ehepartner oder Kinder Verstorbener durch eine hohe Steuerlast gezwungen würden, aus dem selbst genutzten Wohneigentum auszuziehen.

Weiterhin haben wir uns mit unserer Forderung durchgesetzt, die Erbschaftsteuer so auszugestalten, dass Erben von Familienunternehmen nicht durch die Steuerlast zum (teilweisen) Verkauf des Unternehmens gezwungen sind.

Das Erbschaftsteueraufkommen wird durch die erforderlichen höheren Wertansätze nicht steigen und weiterhin rd. 4 Mrd. Euro betragen; auch werden zukünftig nicht mehr Menschen von der Erbschaftsteuer betroffen sein als vorher.

Private Erbschaftsteuer:

- Verdopplung der Freibeträge für Ehepartner/gleichgeschl. Lebenspartnerschaften auf 500.000 Euro
- Anhebung der Freibeträge für Kinder auf 400.000 Euro
- Ehegatten zahlen im Erb- oder Schenkungsfall

- Steuerbefreiung bei Baudenkmalen wird von 60 % auf 85 % erhöht.
- Zur Berücksichtigung von Pflegeleistungen (unentgeltlich oder gegen zu geringes Entgelt) wird der Pflegepauschbetrag von bisher 5.200 auf 20.000 Euro erhöht.

Betriebliche Erbschaftsteuer:

Regelverschonung

- Es bleibt 85 % Abschlag (SPD wollte ursprünglich weniger), besteuert werden nur 15 % der Bemessungsgrundlage
- Verkürzung der Behaltensfrist auf 7 Jahre
- Kein Fallbeil, pro Jahr Betriebsfortführung entfällt Steuer in Höhe von 14,28 %
- Lohnsumme für 7 Jahre 650 %, keine Lohnsummenindexierung (also keine Kopplung an Tariflohnentwicklung)
- Verwaltungsvermögensgrenze 50 %

Neue Verschonungsoption:

- 100 % Abschlag
- Behaltensfrist 10 Jahre
- kein Fallbeil, Entfall der Steuer in Höhe von 10 % pro Jahr
- keine Lohnsummenindexierung
- Lohnsumme für 10 Jahre 1000 %
- Verwaltungsvermögensgrenze 10 %

Gewerbebetriebe mit bis zu 10 Arbeitnehmern sind

Termine

29.11.2008	Jahresabschlussveranstaltung VdK Brackwede
30.11. - 02.12.08	22. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart
01.12. - 05.12.08	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
08.12.2008	Bürgersprechstunde ab 18:00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle Bielefeld (bitte Termin telefonisch vereinbaren)
11.12.2008	Weihnachtsfeier CDU-Fraktion des Rates in Bielefeld

Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467

E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de

Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de